

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Beiräte als demokratische Stadtteilvertretungen stärken**

Beiräte leisten in Bremen einen unverwechselbaren Beitrag zur demokratischen Kultur der Stadt. Sie sind als unmittelbar demokratisch legitimierte Stadtteilvertretungen wesentlicher Bestandteil und ein Motor des bremischen Konzeptes der aktiven Bürgerstadt.

Die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich als Mandatsträger oder durch aktive Beteiligung an Diskussionen und Bürgeranträge an stadtteilpolitischer Arbeit zu beteiligen, muss gefördert, unterstützt und wertgeschätzt werden. Ein wichtiger Schritt ist bereits im Jahr 2001 mit der Reform des Beirätegesetzes vollzogen worden, mit der die Entscheidungs- und Beteiligungsrechte der Beiräte gestärkt worden sind. Es stellt sich auch in Zukunft die Aufgabe, die Wahrnehmung dieser Rechte zu effektivieren und das Wirken der Beiräte für die bremische Politik nutzbar zu machen.

Die Stadtbürgerschaft möge deshalb beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. den Entscheidungs- und Beteiligungsrechten der Beiräte im Rahmen der gesetzlichen Regelungen angemessen so zu beachten, dass insbesondere
 - der kommunalpolitischen Arbeit der Beiräte ein entsprechender Stellenwert beigemessen wird und die vor Ort vorhandene Sachkenntnis und Interessenlage in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung mit einbezogen wird,
 - die Beiräte auch in Zukunft unterstützt werden, sich den stadtteilpolitisch bedeutsamen Fragen aktiv anzunehmen,
 - sichergestellt wird, die thematisch und örtlich zuständigen Beiräte rechtzeitig an stadtteilpolitischen Entscheidungen zu beteiligen und
 - der Kreis der Angelegenheiten, die im Beiratsbereich von öffentlichen Interesse sind und der Begriff des Stadtteilbezuges der Bedeutung und Rolle der Beiräte entsprechend umfassend ausgelegt wird sowie
2. es auch weiterhin bei dem geltenden Verfahren zur Verteilung der Globalmittel durch die Beiräte zu belassen.

Hermann Kleen, Renate Möbius,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Rolf Herderhorst,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU